Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/1895

09. 06. 78

Fragen

für die Fragestunden
der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 14. Juni 1978
am Donnerstag, dem 15. Juni 1978

Buchdruckerei P. Meier, 5205 St. Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (02241) *61071
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn 2, Postfach 200821
Bonn-Bad Godesberg, Herderstr. 56, Tel.: (0 22 21) 36 35 51

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Wie ist die Antwort vom 31. Mai 1978 auf meine Anfrage vom 9. Mai 1978 zu verstehen, daß im Zusammenhang mit der Kritik an der Rede des DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter sich die Äußerungen des Bundeskanzlers gegen „gewisse Vorstellungen des Keynesianismus" richten, und warum lehnte es der Bundeskanzler, zumindest bis zum 9. Juni 1978 ab, mir den im Bundeskanzleramt vorliegenden Text seiner Rede vom 3. Mai 1978 zur Verfügung zu stellen, obwohl in der o. a. Antwort auf den Inhalt dieser Rede verwiesen wurde?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

2. Abgeordneter **Marschall** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, dem steigenden Tablettenverbrauch zur „Beruhigung" von Schulkindern Einhalt zu gebieten?

3. Abgeordneter **Marschall** (SPD)

Hat die Bundesregierung in diesem Zusammenhang Erkenntnisse darüber, daß fast 50 Prozent der Produktion von Ritalin-Tabletten für sogenannte hyperkinetische Kinder verbraucht werden, wie ein Schweizer Pharmakonzern angibt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

4. Abgeordneter **Weisskirchen (Wiesloch)** (SPD)

Welche Überlegungen gibt es im Verantwortungsbereich der Bundesregierung, Versuche mit der von dem bulgarischen Doktor der Medizin und Psychotherapie Georg Lozanov entwickelten Lehrmethode (vgl. „Stern" 18/78 vom 27. April 1978, Seite 94) auch in der Bundesrepublik Deutschland zu fördern?

5. Abgeordneter **Dr. Dübber** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, in welchen Branchen es derzeit unbesetzte Lehrstellen gibt, und wie groß ist deren Zahl?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

6. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung – wie der jüngste Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin – einen freifinanzierten Mietwohnungsbau als derzeit praktisch überhaupt gegeben an, und wenn ja, welche Konsequenzen wird sie daraus ziehen?

7. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die in dem Wochenbericht angesprochenen Mieterhöhungen für gerechtfertigt, um die Investitionen im freifinanzierten Wohnungsbau rentabel zu gestalten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

8. Abgeordneter **Dr. Häfele** (CDU/CSU)	Weshalb hat die Deutsche Lufthansa AG, an welcher der Bund mit 74,31 v. H. beteiligt ist, bisher keinen direkten Linienflugverkehr in die Volksrepublik China aufgenommen?
9. Abgeordneter **Dr. Häfele** (CDU/CSU)	Gibt es außenpolitische Rücksichten, welche den Flugverkehr der Lufthansa mit China unterbinden?
10. Abgeordneter **Dr. Abelein** (CDU/CSU)	Wann wird die Lufthansa den Linienverkehr nach Peking aufnehmen, nachdem die ansteigende Nachfrage bei anderen Fluggesellschaften, z. B. der Swiss Air, die Notwendigkeit der Linie unterstreicht?
11. Abgeordneter **Dr. Abelein** (CDU/CSU)	Wird die Bundesregierung die zwischen der Volksrepublik China und der Bundesrepublik Deutschland verstärkt in Gang kommenden Wirtschaftsbeziehungen dadurch unterstützen, daß sie auf die Lufthansa einwirkt, den Linienverkehr mit China bald zu eröffnen?
12. Abgeordnete **Frau Hürland** (CDU/CSU)	Sind Pressemeldungen zutreffend, wonach der Vorstand der Deutschen Lufthansa beschlossen und verlautbart hat, er denke nicht daran, Frauen als Piloten in Verkehrsflugzeugen zu beschäftigen, und wenn ja, wie steht die Bundesregierung zu diesem Beschluß, und was wird sie veranlassen?
13. Abgeordneter **Merker** (FDP)	Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die Deutsche Bundesbahn neuerdings im Intercity-Verkehr Selbstbedienungsspeisewagen einsetzt, die auf Grund ihrer Ausstattung, z. B. Plastikbecher für Getränke, einen erheblichen Leistungsrückgang darstellen?
14. Abgeordneter **Merker** (FDP)	Ist der Bundesregierung bekannt, welche Gründe die Deutsche Bundesbahn dazu veranlaßt haben, dieses System einzuführen?
15. Abgeordneter **Lampersbach** (CDU/CSU)	Wie viele Personen sind in der Abteilung oder in den Abteilungen der Verwaltung der Deutschen Bundesbahn beschäftigt, die Fahrpläne ausarbeiten, und wie hoch sind die Kosten, die durch die jeweilige Umstellung vom Sommer- auf den Winterfahrplan verursacht werden?
16. Abgeordneter **Lampersbach** (CDU/CSU)	Aus welchen Gründen ist die Umstellung vom Sommer- auf den Winterfahrplan notwendig, und kann nicht durch einen Jahresfahrplan der gleiche Effekt erzielt werden?
17. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)	Hält die Bundesregierung auf Grund der nach wie vor erschreckend hohen Zahl an alkoholbedingten Verkehrstoten und Schwerverletzten eine Herabsetzung der 0,8 Promille-Grenze für erforderlich?
18. Abgeordneter **Schmidt (München)** (SPD)	Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung aus den Versuchen mit der Richtgeschwindigkeit 130 km/h auf Bundesautobahnen ziehen, und ist sie insbesondere der Auffassung, daß die Einführung einer allgemeinen Höchstgeschwindigkeit von 130 km/h auf Bundesautobahnen ein geeignetes Mittel zur nachhaltigen Verbesserung der Verkehrssicherheit ist?

19. Abgeordneter **Schmidt (München)** (SPD)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Wirksamkeit einer Tempobegrenzung auf 80 km/h bei Nässe und über eine allgemeine Geschwindigkeitsbegrenzung bei Nachtfahrten als Beiträge zur Senkung der bei Nässe- und Nachtfahrten typischen Unfälle?

20. Abgeordneter **Dr. Dübber** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß neuerdings Motorradfahrer auch tagsüber das Scheinwerferlicht einschalten, und ist sie bereit, dies durch Verordnung zu regeln, falls ihrer Auffassung nach dadurch die Verkehrssicherheit gefördert wird?

21. Abgeordneter **Schedl** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Auftragsvergabe von Einmeß- und Zeichenarbeiten seitens der Deutschen Bundespost an private Ingenieurbüros in letzter Zeit drastisch eingeschränkt wurde, und in welchem Umfang und zu welchen Modalitäten beabsichtigt die Deutsche Bundespost, künftig noch Aufträge in diesen Bereichen zu vergeben?

22. Abgeordneter **Schedl** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die z. Z. geübte Praxis der Auftragsvergabe für Einmeß- und Zeichenarbeiten existenzbedrohende Auswirkungen auf die überwiegend mittelständisch strukturierten Ingenieurbüros hat, und wie beurteilt die Bundesregierung dies auch unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten?

23. Abgeordneter **Scheffler** (SPD)

Auf welche Weise will die Bundesregierung helfen, Berlin zu einem Zentrum der Nachrichtentechnik zu machen?

24. Abgeordneter **Scheffler** (SPD)

Wann will die Bundesregierung ihr Programm „Technische Kommunikation" vorlegen, und welche Ziele verfolgt sie mit diesem Programm?

25. Abgeordneter **Schirmer** (SPD)

Darf ich – auf der Grundlage ihrer Absicht, im Jahr 1979 je zwei Sonderbriefmarken mit Zuschlag zugunsten der Stiftung Deutsche Sporthilfe herauszugeben – davon ausgehen, daß die Deutsche Bundespost auch im Olympiajahr 1980 zur Deckung des zusätzlichen Finanzbedarfs der Deutschen Sporthilfe eine größere Zahl an Sportzuschlagmarken herausgeben wird?

26. Abgeordneter **Schirmer** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Deutsche Bundespost, um die Einnahmen der Deutschen Sporthilfe durch den Verkauf von Sportzuschlagmarken zu erhöhen?

27. Abgeordneter **Kittelmann** (CDU/CSU)

Muß der Bundespostminister mit seinen großformatigen Anzeigen nicht befürchten, daß er dadurch eine große Verärgerung bei den Bürgern auslöst und damit die kritische bis ablehnende Haltung vieler Bürger zum Staat und seinen Institutionen noch fördert?

28. Abgeordneter **Kittelmann** (CDU/CSU)

Glaubt der Bundespostminister mit dieser politischen Werbung die weit verbreitete Verstimmung in der Öffentlichkeit über den Zeittakt, wie er sich auch in der „Aktion Billiges Telefon" dokumentiert, beseitigen zu können?

29. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die doppelten ganzseitigen Anzeigen der Deutschen Bundespost am 7. Juni 1978 u. a. in „Die Welt", „Frankfurter Allgemeine Zeitung" und „Süddeutsche Zeitung" allein hier schon rund 150 000 DM (ohne Rabatt) gekostet haben?

30. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)

Glaubt der Bundespostminister, daß er mit den angeführten Medien die in den Anzeigen angesprochene Zielgruppe, nämlich die Inhaber von Telefonsozialanschlüssen, wie z. B. Wohngeldempfänger, erreicht hat?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

31. Abgeordneter **Broll** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die in der Verordnung über den Staatlichen Museums-Fonds der Deutschen Demokratischen Republik vom 12. April 1978, veröffentlicht im Gesetzblatt der DDR, Teil I, Nr. 14, am 9. Mai 1978, enthaltene Behauptung, „zum Staatlichen Museums-Fonds gehören auch museale Objekte und Sammlungen, die ihren ursprünglichen Standort in musealen Einrichtungen auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik haben und sich infolge von Verlagerungen oder aus anderen Gründen gegenwärtig nicht in diesen Einrichtungen bzw. nicht auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik befinden, sie sind ebenfalls Volkseigentum", und welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen bzw. gedenkt sie zu ergreifen?

32. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Was unternimmt die Bundesregierung, um dem in der „DDR" wegen Fluchthilfe zu 12 Jahren Haft verurteilten Wolf-Dietrich Gehrmann und dem wegen des gleichen Delikts zu 6 1/2 Jahren Haft verurteilten Michael Rabe zu helfen?

33. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Sorge des evangelischen Kirchenbunds in der DDR, daß der von der DDR-Regierung geplante „Wehr-Unterricht", der an allen DDR-Schulen obligatorisches Schulfach werden soll, der Erziehung der jungen Deutschen drüben zum Haß gegen die Bundesrepublik Deutschland und zur Erzeugung und Vertiefung eines entsprechend einseitigen Feindbilds benutzt werden wird, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung auf Grund von mit der DDR geschlossenen Verträgen, bei der DDR-Regierung einer solchen Entwicklung entgegenzuwirken?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

34. Abgeordneter **Grunenberg** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß dem Weiterbetrieb der „Otto Hahn" durch Ausrüstung des Schiffes mit einem dritten Reaktorkern Priorität gebührt, weil sich die Bundesrepublik Deutschland nur so einen Anteil an dieser zukunftsweisenden Schiffbau- und Schiffahrttechnologie sichern kann?

35. Abgeordneter **Grunenberg** (SPD)	Welche anderen gangbaren Wege will die Bundesregierung beschreiten, um der Bundesrepublik Deutschland eine angemessene Teilhabe an dem künftigen Einsatz der Kerntechnologie als Antriebsenergie in Schiffbau und Schiffahrt zu verschaffen?
36. Abgeordneter **Dr. Voss** (CDU/CSU)	In welchem Umfang wird von der Bundesregierung sichergestellt, daß Inspekteure, die im Rahmen der Internationalen Atomenergiebehörde in der Bundesrepublik Deutschland Kontrollen durchführen, diese Kontrolltätigkeit nicht zur Ausspähung der deutschen Nuklearanlagen benutzen?
37. Abgeordneter **Dr. Voss** (CDU/CSU)	Ist der Bundesregierung bekannt, daß über die Internationale Atomenergiebehörde (IAEO) Kontrolleure aus der DDR Zugang zu deutschen Anlagen haben, und hat die Bundesregierung hiergegen Bedenken?
38. Abgeordneter **Stockleben** (SPD)	Welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung zwischen dem Programm „Information und Dokumentation" (I + D-Programm) mit dem Bibliotheksplan '73, und welche negativen Auswirkungen befürchtet sie, wenn Abstriche am Bibliotheksplan '73 gemacht würden?
39. Abgeordneter **Stockleben** (SPD)	Wie beurteilt die Bundesregierung den nationalen und internationalen Leihverkehr der Bibliotheken, und welche Maßnahmen werden von ihr zu dessen Verbesserung unterstützt?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

40. Abgeordneter **Walther** (SPD)	Hält die Bundesregierung das bis jetzt praktizierte Notaufnahmeverfahren von Übersiedlern aus der DDR (politische Häftlinge, Sperrbrecher und legal Zugewanderte) auf der Grundlage des Bundesnotaufnahmegesetzes vom 22. August 1950 noch für zeitgemäß, oder beabsichtigt sie, eine alsbaldige Novellierung unter Berücksichtigung der heute erheblich veränderten Bedingungen vorzuschlagen?
41. Abgeordneter **Walther** (SPD)	Hält die Bundesregierung in diesem Zusammenhang das Verteilungsverfahren nach § 5 des Bundesnotaufnahmegesetzes vom 22. August 1950 noch für zumutbar?
42. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)	Gedenkt die Bundesregierung auf Grund der durch den „Höcherl-Bericht" bekanntgewordenen Fahndungsfehler nach dem Rücktritt des Bundesinnenministers Dr. Maihofer auch die Leitung des Bundeskriminalamts in Wiesbaden einer anderen Führungs- und Fachkraft anzuvertrauen?
43. Abgeordnete **Frau Hürland** (CDU/CSU)	Aus welchem Grund sind Spätaussiedler bei der Bewerbung um Einstellung in den Bundesgrenzschutz Deutschen, die in der Bundesrepublik Deutschland leben, nicht gleichgestellt, und warum müssen sie vor ihrer Einstellung in den Bundesgrenzschutz fünf Jahre in der Bundesrepublik Deutschland gelebt haben?

44. Abgeordneter **Volmer** (CDU/CSU)

Auf welche Weise lassen sich nach Auffassung der Bundesregierung in einer Person die zum ständigen Hinwirken auf die „sozialistische Umwälzung" verpflichtende Zugehörigkeit zur DKP oder die vergleichbare Verpflichtungen auslösende Zugehörigkeit zu einer anderen Partei mit verfassungsfeindlicher Zielsetzung einerseits mit der verfassungsrechtlich gesicherten Verpflichtung eines Beamten zum jederzeitigen Eintreten für die freiheitliche demokratische Grundordnung andererseits vereinen?

45. Abgeordneter **Volmer** (CDU/CSU)

Wie läßt sich nach Auffassung der Bundesregierung die nach dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom Mai 1975 von jedem Beamten zu verlangende eindeutige Distanzierung von Gruppen und Bestrebungen, die diesen Staat, seine verfassungsmäßigen Organe und die geltende Verfassungsordnung angreifen, bekämpfen und diffamieren, im Falle der Mitgliedschaft eines Beamten oder Beamtenbewerbers in einer solchen Gruppe ohne Verzicht auf diese Mitgliedschaft glaubhaft dartun?

46. Abgeordneter **Dr. Jentsch (Wiesbaden)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß trotz der Feststellung des Bundesverfassungsgerichts, die politische Treuepflicht gelte für alle Beamten, unabhängig von ihrer Funktion und ihrer besonderen rechtlichen Stellung, an diese Treuepflicht etwa unter dem Gesichtspunkt der Sicherheitsrelevanz des jeweiligen Arbeitsplatzes unterschiedliche Ansprüche gestellt werden dürften?

47. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Wie kann nach Auffassung der Bundesregierung die sogenannte Vermutung für die Verfassungsloyalität eines Beamtenbewerbers im Einzelfall widerlegt werden, wenn eine Anfrage bei den Verfassungsschutzbehörden, die nach gesetzlichem Auftrag Erkenntnisse über verfassungsfeindliche Bestrebungen zu sammeln haben, untersagt ist, und wie unterscheidet sich angesichts eines solchen Verbots die sogenannte Vermutung praktisch von einer unwiderleglichen Unterstellung zu Gunsten eines Bewerbers?

48. Abgeordneter **Krey** (CDU/CSU)

Bei welchen Eignungsmerkmalen eines Beamtenbewerbers darf nach Auffassung der Bundesregierung das sonst von Amts wegen zu prüfende Vorliegen der Einstellungsvoraussetzungen durch eine Vermutung zu Gunsten des Bewerbers ersetzt werden?

49. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Gibt es im Verantwortungsbereich des Bundes ein Verbot an öffentliche Dienststellen, vor der Einstellung von Bewerbern sich durch Anfragen bei den für die Beobachtung verfassungsfeindlicher Bestrebungen zuständigen Verfassungsschutzbehörden nach etwaigen Erkenntnissen über einen Bewerber zu erkundigen, oder wird ein solches Verbot erwogen, und wenn ja, wie ist dies nach Auffassung der Bundesregierung mit dem Verfassungsgebot der gegenseitigen Amtshilfe von Behörden zu vereinbaren?

50. Abgeordneter **Dr. Eyrich** (CDU/CSU)

Erfüllt nach Auffassung der Bundesregierung schon derjenige die jedem Beamten von Verfassungs wegen obliegende politische Treuepflicht, dem eine verfassungsfeindliche Tätigkeit nicht nachzuweisen ist oder verlangt die „Gewähr der Treue" die Feststellung positiver Merkmale?

51. Abgeordneter **Berger (Herne)** (CDU/CSU)

Unter welchen Umständen haben nach Auffassung der Bundesregierung die gesetzlichen Voraussetzungen für die Einleitung eines Disziplinarverfahrens wegen des Verdachts einer Verletzung der politischen Treuepflicht hinter den Kriterien „Verständnis in der öffentlichen Meinung" und „Zustimmung in den Koalitionsfraktionen" zurückzutreten?

52. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Wie läßt sich nach Meinung der Bundesregierung die Feststellung des Bundesverfassungsgerichts, die Mitgliedschaft eines Bewerbers in einer Partei mit verfassungsfeindlicher Zielsetzung sei nur ein Teil des für die Beurteilung eines Bewerbers erheblichen Verhaltens, mit dem Anspruch vereinbaren, die Mitgliedschaft in einer demokratischen Partei schließe auf jeden Fall Zweifel an seiner Verfassungstreue aus?

53. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Liefert der Versuch oder das Ausbleiben des Versuchs von Indoktrination während der Referendarzeit allein eine hinreichende Gewähr für die Verfassungstreue eines Beamten, oder vermag sich die Bundesregierung vorzustellen, daß Beamte, die einer totalitären Kaderpartei angehören, um weiterreichender Ziele willen zeitweise auf solche Ziele verzichten, ohne zugleich die Entschlossenheit zur Unterstützung ihrer Partei auch gegen unsere Verfassungsgrundsätze aufzugeben?

54. Abgeordneter **Dr. Jentsch (Wiesbaden)** (CDU/CSU)

Geht auch die Bundesregierung davon aus, daß die ständige Behauptung, aktive Demokraten, Sozialisten und Kommunisten würden vom öffentlichen Dienst ausgeschlossen und erhielten Berufsverbot, mit der undifferenzierten Aufzählung unterschiedlicher politischer Zielsetzungen wahrheitswidrig suggerieren will, daß auch Bürger, die im Rahmen und unter Anerkennung der verfassungsmäßigen Grundordnung für Veränderungen in Staat und Gesellschaft eintreten, allein aus diesem Grunde vom Staatsdienst ferngehalten werden?

55. Abgeordneter **Berger (Herne)** (CDU/CSU)

Gilt der Hinweis im Verfassungsschutzbericht der Bundesregierung an nichtkommunistische sozialistische Vereinigungen, daß eine Zusammenarbeit mit Kommunisten erfahrungsgemäß deren revolutionäre Ansätze fördere, die eigene politische Position jedoch schwäche, sinngemäß auch für die Zusammenarbeit mit Kommunisten als Beamten?

56. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Unterzeichnung einer Vereinbarung über die weitere Gestaltung der internationalen Beziehungen zwischen dem Zentralrat der „Freien Deutschen Jugend" und dem Bundesvorstand der Deutschen Jungdemokraten, die laut „Neues Deutschland" vom 24. April 1978 anläßlich des Besuchs einer Delegation der FDJ unter Leitung von Gunter Rettner, Sekretär des Zentralrats der FDJ, getroffen wurde, und ist auch durch dieses neuerliche Treffen zwischen FDJ und

DJD die Notwendigkeit einer Erwähnung der DJD-Kontakte zur FDJ im Verfassungsschutzbericht des Jahrs 1976 nach Auffassung der Bundesregierung bestätigt worden?

57. Abgeordneter **Augstein** (SPD)	Wieviel Einstellungsgesuche für den Bundesdienst, die auf Grund der Verfahrensweise nach dem sogenannten Extremistenerlaß von 1972 abgelehnt worden waren, sind überprüft und abgeändert worden, nachdem die Bundesregierung im Jahr 1976 den Extremistenerlaß für gegenstandslos erklärt hat?
58. Abgeordneter **Augstein** (SPD)	Hat die Bundesregierung hierzu auch Zahlen aus den Bundesländern, die gleichermaßen auf die weitere Anwendung des Extremistenerlasses verzichtet haben?
59. Abgeordneter **Schartz (Trier)** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung in das Genehmigungsverfahren für das Kernkraftwerk Cattenom im deutsch-französisch-luxemburgischen Grenzraum eingeschaltet worden, und in welchem Planungs- bzw. Ausführungsstadium befindet sich dieses Projekt?
60. Abgeordneter **Schartz (Trier)** (CDU/CSU)	Sind Informationen richtig, nach denen in Cattenom ein Reaktortyp gebaut werden soll, der nicht den bundesdeutschen Sicherheitsvorschriften entspricht?
61. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)	Inwieweit hat die Bundesregierung die Ergebnisse der Studiengruppe „Nuclear Fuel Cycles and Waste Management" der American Physical Society (Heft 1/78 der Review of Modern Physics) ausgewertet und in ihre Entsorgungsstrategie einbezogen, insbesondere die Aussage, daß weder die Anlagen in Windscale noch die in Cap la Hague als zuverlässige und erprobte Anlagen im industriellen Maßstab gelten können?
62. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)	Warum sehen die Rahmenempfehlungen für die Katastrophenschutzpläne der Länder für Kernkraftwerke keine Veröffentlichung dieser Pläne vor, und gibt es bundesrechtliche Vorschriften, die eine Veröffentlichung derartiger Schutzpläne mit Strafe bedrohen und Strafverfolgungsmaßnahmen rechtfertigen?
63. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)	Hält die Bundesregierung es im Anschluß an ihre Antwort auf meine Frage vom 7./8. Juni (Anfrage Nummer 74, Drucksache 8/1850) für sinnvoll, Gespräche mit Arbeitgebern und Gewerkschaften zu führen, um gewisse „Rahmenrichtlinien" für die Kompetenzen und das Verhalten des Werkschutzes zu erarbeiten, die die Grundrechte betroffener Arbeitnehmer sichern und Rechtssicherheit auch für die Werkschutzbediensteten schaffen?
64. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)	Aus welchem Grund erhalten Witwen, deren Ehemänner im einfachen Dienst beschäftigt waren, nach dem Bundesbeamtengesetz keine Witwenversorgung, wenn sie selbst noch als Angestellte tätig sind?
65. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit, die zulässigen Höchstgrenzen der ruhegehaltsfähigen Dienstbezüge zu überprüfen, und wenn ja, welche Änderungen werden ins Auge gefaßt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

66. Abgeordneter **Dr. Becher (Pullach)** (CDU/CSU)

Welche Kroaten wurden wann, wo und in welchem rechtlichen Zusammenhang in jüngster Zeit mit dem Ziel der Auslieferung an Jugoslawien verhaftet?

67. Abgeordneter **Dr. Becher (Pullach)** (CDU/CSU)

Mit welchen Gründen kann die Bundesregierung den Verdacht entkräften, daß ein rechtspolitisches Kompensationsgeschäft zwischen dem Begehren nach Auslieferung der in jüngster Zeit verhafteten Kroaten und der in Jugoslawien verhafteten deutschen Terroristen im Gange war bzw. ist?

68. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung eine Überprüfung und Anpassung der Richtlinien zur wirksameren Bekämpfung von Mietpreiserhöhungen nach § 5 des Wirtschaftsstrafgesetzes an die Rechtsprechung für erforderlich, und bis wann ist mit einer derartigen Anpassung zu rechnen?

69. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, bei der notwendigen Anpassung der Richtlinien sicherzustellen, daß die Vermieter nicht in den Fällen, in denen sie lediglich kostendeckende Mieten verlangen, gemäß § 5 des Wirtschaftsstrafgesetzes wegen einer Ordnungswidrigkeit verfolgt zu werden, auch wenn die kostendeckenden Mieten die ortsüblichen Entgelte im Sinne dieser Vorschrift nicht unwesentlich übersteigen sollten?

70. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung im Rahmen der eigenen Verantwortung, um Schaden von Deutschland zu wenden, geprüft, ob der Gutachter im Spionageverfahren Helge Berger die Tragweite der Verratstätigkeit zutreffend beurteilt oder aber in ihrer Tragweite verkannt bzw. unzureichend beurteilt hat?

71. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Hat die Bundesanwaltschaft sich bei ihrer abweichenden Beurteilung der Verratstätigkeit in der Anklageschrift als Landesverrat von Staatsgeheimnissen im Spionagefall Berger auf einen anderen Gutachter gestützt als das Gericht, oder stützte sich die Bundesanwaltschaft bei ihrer sachlichen Beurteilung der Tragweite der Verratstätigkeit nicht auf einen Gutachter?

72. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung in ihrem eigenen amtlichen Verantwortungsbereich geprüft, ob die Möglichkeit der Einflußnahme auf den Prozeßgutachter im Sinne einer deutschlandpolitisch wesentlich geringeren Wertung der Tragweite des Verrats von Frau Berger angesichts der hohen politischen Brisanz der Angelegenheit ausgeschlossen werden kann, nachdem er abweichend von der Bundesanwaltschaft die Agententätigkeit nicht als Landesverrat beurteilte?

73. Abgeordneter **Schmidt (Wuppertal)** (CDU/CSU)

Ist der vorzeitige Verrat der Stellungnahme der Bundesregierung zu Rechtspositionen und Grenzfragen ganz Deutschlands vor Beginn von Verhandlungsgesprächen über solche Fragen nicht ebenso als Verrat eines Staatsgeheimnisses im Spionagefall Berger zu beurteilen, wie es bei dem Verrat von

Anweisungen der Bundesregierung zur Stellungnahme gegenüber Forderungen, die das Gebiet des Geltungsbereichs des Grundgesetzes selbst betreffen, gewesen wäre?

74. Abgeordneter **Schmidt (Wuppertal)** (CDU/CSU)

Mit welcher logischen und mit welcher sachlichen Begründung wurde nach den pflichtgemäßen Erhebungen der Bundesregierung im Verratsfall Berger einerseits zwar die Gefahr schwerer Nachteile für Deutschland als Ganzes und für die Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland, ganz Deutschlands Rechtspositionen zu wahren, verursacht, andererseits aber trotz dieser Nachteile die Ergebnisse des Warschauer Vertrags für Deutschland als Ganzes nicht nachteilig beeinflußt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

75. Abgeordnete **Frau Will-Feld** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß sie eine Informationszentrale für Auslandsbeziehungen aufbaut oder bereits aufgebaut hat, die im Dienstbereich des Bundesfinanzministers unter der Bezeichnung IZA geführt wird, und wenn ja, ist diese Zentrale Teil des Bundesamts für Finanzen?

76. Abgeordnete **Frau Will-Feld** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, zusätzlich eine besondere Datenbank aufzubauen, und wenn ja, ist diese Datenbank mit dem Bundesdatenschutzbeauftragten auf ihre Rechtmäßigkeit abgestimmt?

77. Abgeordneter **Gerstl (Passau)** (SPD)

Trifft es zu, daß schwäbische Bauern sieben Monate nach Beendigung des Nato-Herbstmanövers „Reforger 77" auf Grund fehlender Einigung der Behörden über die Zuständigkeiten bei der Schadensabwicklung noch immer auf die Überweisung ihrer Entschädigungsforderungen warten müssen, wie aus dem Pressedienst des Bayerischen Bauernverbands vom 24. Mai 1978 hervorgeht, und wenn ja, wird die Bundesregierung sich für die Beschleunigung der Auszahlung einsetzen?

78. Abgeordneter **Peiter** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, welche Bundesländer Wirtschaftsunternehmen in Räumen, die in der Gemeinschaftsaufgabe „Programm zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur" als förderungswürdig ausgewiesen sind, Grunderwerbsteuerbefreiung erteilen?

79. Abgeordneter **Dr. Jens** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung unter mittelstands-, verbraucher- und preisniveaupolitischen Aspekten die Ausgabe von Kreditkarten, wie z. B. American Express, Diners Club und Eurocard, durch die deutschen Sparkassen und Banken, und gedenkt sie, gegen unerwünschte Effekte etwas zu unternehmen?

80. Abgeordneter **Dr. Langner** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung aus heutiger Sicht eine Rückführung der Zuwachsrate der Staatsausgaben bis zum Jahr 1981 auf einen Satz von 4 v. H. für angemessen, wie Prof. Neumann in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 6. Juni 1978 (Gegen antizyklische Finanz- und Geldpolitik)?

81. Abgeordneter **Dr. Langner** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß ein wirklich stabiles Preisniveau bis 1981 erreicht werden könnte, wenn die Wachstumsrate der Zentralbankgeldmenge bis dahin auf 4 v. H. zurückgeführt würde (Feststellung von Prof. Neumann im vorgenannten Artikel)?

82. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Was unternimmt die Bundesregierung, um angesichts der zunehmenden Schwierigkeiten für die deutschen landwirtschaftlichen Brennereien rasch eine EG-Regelung zu finden?

83. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Sind im Verantwortungsbereich der Bundesregierung bei der Veräußerung von Baugrundstücken der öffentlichen Hand alle Kaufinteressenten in bezug auf den Kaufpreis gleichgestellt, und wenn nein, wird die Bundesregierung auf eine Gleichstellung hinwirken?

84. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Wird sich die Bundesregierung in ihrem Verantwortungsbereich dafür einsetzen, daß bei der Einräumung eines Vorzugspreis beim Kauf eines Grundstücks der öffentlichen Hand im Falle des Wiederverkaufs des betreffenden Grundstücks der Unterschiedsbetrag zwischen dem Vorzugspreis und dem ursprünglichen Verkehrswert beim Ersterwerb von demjenigen, der in den Genuß des Vorzugspreises gekommen ist, an die öffentliche Hand zurückgezahlt werden muß?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

85. Abgeordneter **Pfeifer** (CDU/CSU)

Stimmt die Bundesregierung im Rahmen ihrer auswärtigen Kulturpolitik mit der Auffassung der Enquete-Kommission Auswärtige Kulturpolitik, Drucksache 7/4121, überein, wonach es auch in Zukunft notwendig sein wird, bei der Arbeit im Ausland die Tatsache einer gemeinsamen nationalen Kultur (Seite 15, Nummer 58) zu betonen?

86. Abgeordneter **Pfeifer** (CDU/CSU)

Geht die Bundesregierung davon aus, daß in ihrer auswärtigen Kulturpolitik die Darstellung der nationalen deutschen Kultur als gemeinsame Aufgabe zusammen mit der DDR verwirklicht werden kann?

87. Abgeordneter **Kunz (Berlin)** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung eine Zusammenarbeit in der auswärtigen Kulturpolitik mit der DDR überhaupt für möglich, solange die DDR einen kulturellen Alleinvertretungsanspruch geltend macht?

88. Abgeordneter **Kunz (Berlin)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang den Anspruch der DDR, sich als einzige Vertreterin der wahren deutschen Kulturtradition zu sehen, und wie begegnet die Bundesregierung dieser Politik?

89. Abgeordneter **Rühe** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung es als Bestandteil ihrer auswärtigen Kulturpolitik an, den Schriftstellern und Künstlern, die aus der DDR ausgebürgert wurden oder sie auf andere Weise verlassen haben, als Vertreter der deutschen nationalen Kultur im Ausland Darstellungsmöglichkeiten zu bieten?

90. Abgeordneter **Rühe** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die DDR in Drittländern gegen die außenkulturpolitischen Aktivitäten der Bundesregierung in aggressiver Form agiert und in ernsthafter Form zum Nachteil der Bundesrepublik Deutschland bei Regierungen in Drittländern interveniert hat, und wie verhält sich die Bundesregierung in solchen Fällen?

91. Abgeordneter **Dr. Hornhues** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Stipendienangebote der DDR, die diese im vergangenen Jahr nach dem ersatzlosen Wegfall der Stipendien des DAAD den ausgeladenen Stipendiaten zum Ausgleich angeboten hat, von diesen angenommen worden sind?

92. Abgeordneter **Dr. Hornhues** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung gegebenenfalls im Rahmen ihrer auswärtigen Kulturpolitik in Zukunft auf Grund der in diesem Fall gemachten Erfahrungen davon absehen, kurzfristig Mittelkürzungen vorzunehmen, die es der DDR ermöglichen, diese Lücke auszufüllen?

93. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung im Rahmen ihrer auswärtigen Kulturpolitik die Aktivitäten der DDR-Organisation „Neue Heimat", die sich offenbar mit erheblichen finanziellen Mitteln bemüht, in vielen Teilen der Welt die ausländischen Staatsbürger deutscher Herkunft für ihre politischen Ziele zu gewinnen?

94. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Welche Aktivitäten entfaltet die DDR nach Kenntnis der Bundesregierung gegenüber deutschen und deutschstämmigen Bürgern in den einzelnen Ostblockstaaten?

95. Abgeordneter **Thüsing** (SPD)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung das bisher nicht ausgeschöpfte Kontingent für politische Gefangene aus Chile auf politisch inhaftierte Argentinier, die unter das Optionsrecht (Wahl zwischen Haft und Ausweisung in ein anderes Land) fallen, übertragen hat und somit Chilenen, falls sich die Situation in Chile wieder verschlechtern sollte, keine Möglichkeit mehr haben werden, in der Bundesrepublik Deutschland Aufnahme zu finden?

96. Abgeordneter **Thüsing** (SPD)

Trifft es zu, daß es sich dabei um etwa 400 Plätze handelt, und ist die Bundesregierung bereit, diese Zahl zu erhöhen und — gemäß der Forderung von amnesty international — 500 politische Gefangene aus Argentinien in der Bundesrepublik Deutschland aufzunehmen?

97. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Hat die Bundesregierung vom Abschluß des Vertrags zwischen dem deutschen Unternehmen OTRAG und der Regierung von Zaire Kenntnis gehabt, und aus welchem Grund sind ausländische Regierungen bei der Bundesregierung wegen dieses Vertrags vorstellig geworden?

98. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung, auf die Tätigkeit der OTRAG Einfluß zu nehmen, und kann die Bundesregierung ausschließen, daß die von der OTRAG produzierten Raketen zu militärischen Zwecken benutzt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

99. Abgeordneter **Rapp** (SPD)

Trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, daß norditalienische Stahlhersteller bei Beton- und Stabstahl die Preisvorschriften der Kommission der EG hartnäckig unterlaufen, sich dadurch starke Wettbewerbsvorteile auf dem deutschen Markt verschaffen und so ihre Lieferungen nach Deutschland zu Lasten deutscher Produzenten laufend erhöhen, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

100. Abgeordneter **Rapp** (SPD)

Was hat die Bundesregierung in diesem Zusammenhang zum Schutz der deutschen Stahlproduzenten unternommen, und was wird sie in dieser Angelegenheit weiterhin tun?

101. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit einer Beeinflussung der Arbeitsplatzentwicklung in der saarländischen Stahlindustrie durch das luxemburgische Gesetz zur „Tripartite" und die Pläne der belgischen Regierung, Anteile am Arbed-Konzern zu erwerben, die damit entscheidenden Einfluß auf die Rationalisierungstendenzen des Unternehmens nehmen wollen?

102. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

Welche weiteren Maßnahmen zur Sicherung der Arbeitsplätze in der saarländischen Stahlindustrie gedenkt die Bundesregierung – vor dem Hintergrund der staatlichen Einflußnahmen auf den Arbed-Konzern in Luxemburg und Belgien – zu ergreifen?

103. Abgeordneter **Hanz** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in den Genuß der bevorzugten Berücksichtigung der Zonenrandgebiete bei der Auftragsvergabe durch Ministerien des Bundes auch reine Handelsunternehmen kommen, die die bestellten Güter nicht selbst produzieren, sondern diese Aufträge in nicht geförderte Gebiete weiterleiten und somit die beabsichtigte Verbesserung der Beschäftigungslage und der Wirtschaftsstruktur gar nicht erreicht werden kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

104. Abgeordneter **Oostergetelo** (SPD)

Stimmt es, daß tatsächlich interessierte Kreise in Brüssel versuchen, im Rahmen einer Richtlinie des Rates über den Verkehr mit Mischfuttermitteln die sogenannte offene Deklaration zu verbieten, und kann die Bundesregierung bejahendenfalls im Rahmen der Brüsseler Beratungen über eine EG-Richtlinie für Mischfuttermittel eventuell durch die Entsendung neutraler Experten dafür sorgen, daß die im deutschen Futtermittelrecht enthaltene und von der Mehrzahl der landwirtschaftlichen Tierhalter gewünschte offene Gemengteildeklaration auch in Zukunft erhalten bleibt?

105. Abgeordneter **Oostergetelo** (SPD)

Hält es die Bundesregierung angesichts der wachsenden Kritik der landwirtschaftlichen Tierhalter an den Kennzeichnungsvorschriften im Futtermittelrecht nicht für möglich, im Rahmen einer Rechtsverordnung vorzuschreiben, daß Mischfutter, dessen Zusammensetzung von den sogenannten Normtypen abweicht, offen deklariert werden muß?

106. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um in Zukunft das Aufbringen deutscher Fischereischiffe durch polnische Behörden zu verhindern?

107. Abgeordneter **Glos** (CDU/CSU)

Trifft die in Presseberichten wie z. B. in der „Süddeutschen Zeitung" vom 7. Juni wiedergegebene Behauptung der Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Handelsmühlen nach Kenntnis der Bundesregierung zu, daß die deutsche Mühlenwirtschaft erheblich geschädigt wird durch Manipulationen der Art, daß französische Mühlen Mehl mit geringen Mengen Salz oder Zucker vermischen und dieses Mehl als „Zubereitung auf der Grundlage von Mehl" unter wettbewerbsverzerrenden Bedingungen – nämlich Umgehung des auf „Mehl" erhobenen Währungsausgleichs in Höhe von ca. 120 DM pro t – in den überlasteten deutschen Mehlmarkt einschleusen, und was hat die Bundesregierung gegebenenfalls bisher gegen diese Manipulation unternommen, um Schaden von der deutschen Mühlen- und Getreidewirtschaft abzuwenden, und wie hoch beziffert sich der daraus entstandene finanzielle Schaden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

108. Abgeordneter **Löffler** (SPD)

Liegen inzwischen die Ergebnisse der Bund-Länder-Arbeitsgruppe vor, die sich mit der Frage befaßt, welche gesetzlichen Maßnahmen zur Überprüfung von medizinisch-technischen Geräten ergriffen werden können, und was beinhalten sie gegebenenfalls?

109. Abgeordneter **Löffler** (SPD)

Wenn nein, wann ist mit dem Abschluß zu rechnen?

110. Abgeordnete **Frau Steinhauer** (SPD)

Trifft es zu, daß in einigen Arbeitsämtern durch Organisationsänderungen in der Abteilung Berufsberatung, das heißt durch Einrichtung von Funktionsbereichen, die sich nur mit Ausbildungsstellenvermittlung beschäftigen, eine wesentliche Steigerung der angebotenen Ausbildungsstellen und der Ausbildungsstellenvermittlung erreicht werden konnte, und ist die Bundesregierung bereit, daraus die Konsequenzen zu ziehen und der Bundesanstalt für Arbeit zu empfehlen, diese Organisationsänderungen im Interesse der Jugendlichen bundesweit in den Arbeitsämtern einzuführen?

111. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Inwieweit bestätigt die Bundesregierung Feststellungen von Industrie- und Gewerbebetrieben, wonach diese ihre Produktion einschränken oder nicht steigern können, weil sie keine Arbeitskräfte, insbesondere weibliche, mangels Bereitschaft, einstellen können?

112. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu veranlassen, um Vermittlungsmängel, die ein Mißverhältnis zwischen Arbeitskräftebedarf und -angebot begründen, zu beseitigen?

113. Abgeordneter **Dr. Enders** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, wieviel Arztstellen im vertrauensärztlichen Dienst, im staatlichen Gesundheitsdienst sowie bei Versorgungs- und Arbeitsämtern nicht besetzt sind oder in den nächsten Jahren aus Altersgründen frei werden, und welche Konsequenzen gedenkt sie gegebenenfalls aus dem Fehlbedarf zu ziehen?

114. Abgeordneter **Dr. Enders** (SPD)

Mit welchen Maßnahmen kann nach Ansicht der Bundesregierung der ärztliche Nachwuchs für die genannten Stellen gefördert werden?

115. Abgeordneter **Kuhlwein** (SPD)

Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, daß die Mittel für das Sonderprogramm der Bundesanstalt für Arbeit zur Förderung der sozialen Dienste nur teilweise in Anspruch genommen werden?

116. Abgeordneter **Kuhlwein** (SPD)

Trifft es zu, daß die Ausbildung argentinischer Fernsehtechniker für die Übertragungen von der Fußballweltmeisterschaft aus Bundesmitteln gefördert worden ist, und welche Begründung kann die Bundesregierung gegebenenfalls dafür geben?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

117. Abgeordneter **Damm** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung meine Ansicht, daß die „Verteidigungskraft des Bündnisses und das Verteidigungsinteresse der Bundesrepublik Deutschland" die Erhaltung der in ihrer Größenordnung bescheidenen deutschen Rüstungsindustrie verlangen, nicht nur, um die Bundeswehr mit wichtigen Waffen und Geräten aus nationaler Produktion auszurüsten, sondern mehr noch, um die Bundesregierung und die militärische Führung der Bundeswehr in die Lage zu versetzen, über den neuesten Stand der Rüstungstechnologie informiert zu sein, und zieht die Bundesregierung bejahendenfalls daraus wie ich den Schluß, daß eine solche Erhaltung der deutschen Rüstungsindustrie mit ihren rund 150 000 meist hohe Qualitäten der Mitarbeiter erfordernden Arbeitsplätze nur durch eine kontinuierliche Beschäftigung zu erreichen ist?

118. Abgeordneter **Damm** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, ihre Entscheidung, keine Genehmigung nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz zur Ausfuhr des Flakpanzers Gepard z. B. in ein Land wie Ekuador zu erteilen, zu überdenken, und dabei zu berücksichtigen, daß die an der Gepard-Produktion beteiligten rund 2 000 deutschen Firmen mit rund 12 000 Mitarbeitern allein durch diesen Auftrag (ca. 50 Geparden) zwei Jahre lang beschäftigt wären, was angesichts der Tatsache, daß die deutsche Gepard-Produktion für die Bundeswehr und alle denkbaren NATO-Partner spätestens 1982

ausläuft, eine Anschlußverwendung des qualifizierten Ingenieur- und Facharbeiterpersonals für einen neuen Flakpanzer aber erst Jahre später möglich ist, zur Erhaltung der „vorhandenen deutschen Industriekapazitäten auf dem Rüstungssektor" (Dr. von Bülow) von großer Bedeutung wäre?

119. Abgeordneter **Dr. Corterier** (SPD)

Welche Sachleistungen und welche finanziellen Mittel werden von der Bundesregierung für den geplanten Informationsbesuch von Angehörigen des Bundesverfassungsgerichts bei der Bundesmarine zur Zeit der „Kieler Woche" aufgewandt?

B. Schriftliche Anfragen gemäß IV. der Richtlinien sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung gebeten wurde

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Trifft eine Meldung des Informationsdienstes „Rundblick" vom 3. Juni 1978 zu, derzufolge der Chef des Kanzlerbüros, Leister, sich an den Unterbezirk Hannover der SPD mit der Bitte gewandt hat, die organisatorischen Vorkehrungen für eine Ordensübergabe an den früheren Bundesminister Ravens für Freitag, den 2. Juni, zu treffen und daß ein entsprechender Vermerk durch den Chef des Kanzleramts, Staatssekretär Schüler, abgezeichnet ist?

2. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Entspricht es dem notwendigen Verständnis für die Kontrollrechte des Parlaments in einer parlamentarischen Demokratie, wenn Staatssekretär Bölling nach dem Nachrichtenspiegel I vom 26. Mai 1978 im Deutschen Fernsehen tadelnd feststellte, der amerikanische Präsident „habe es mit seinem Parlament sicherlich nicht ganz leicht", oder vertritt der Pressesprecher der Bundesregierung etwa die Ansicht, daß in der parlamentarischen Demokratie die Regierung es mit dem Parlament immer „ganz leicht" haben müsse?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

3. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

War Bundesminister Genscher bereits bei Erhalt des Schreibens des prokommunistischen Pahl-Rugenstein-Verlags, mit dem dieser Verlag aus Anlaß des bevorstehenden Besuchs von Generalsekretär Breschnew darum bat, ihm geeignete Äußerungen für ein Buch mit Äußerungen deutscher und sowjetischer Politiker zum Stand der Beziehungen zwischen beiden Ländern und Völkern zur Verfügung zu stellen, die besondere Zielrichtung dieses Verlags bekannt, und wenn ja, warum hat der Bundesminister gleichwohl keine Veranlassung gesehen, dem Verlag die nach der Antwort des Staatsministers Dr. von Dohnanyi auf meine Schriftliche Frage (Drucksache 8/1826, Frage B 8) zur Verfügung gestellten Texte vorzuenthalten?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

4. Abgeordneter **Wolfram (Recklinghausen)** (SPD)

Stimmen Berichte, daß das Kernkraftwerk Lingen in absehbarer Zeit abgerissen werden soll, oder ist mit einer Wiederinbetriebnahme, und wenn ja, unter welchen Voraussetzungen zu rechnen?

5. Abgeordneter **Wolfram (Recklinghausen)** (SPD)

Sind der Bundesregierung die Gesamtkosten, die dieses Kernkraftwerk bisher gekostet hat (Bau, Betriebs- und Reparaturkosten), und der bisherige Beitrag dieses Kernkraftwerks zur Stromerzeugung bekannt?

6. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)	Verfolgt die Bundesregierung die Vorgänge im Zusammenhang mit den geheimen türkischen Koranschulen, und sieht sie sich gegebenenfalls zu Maßnahmen veranlaßt?
7. Abgeordneter **Schartz (Trier)** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit, geeignete Schritte zu unternehmen, die sicherstellen, daß in den Grenzgebieten der Bundesrepublik Deutschland eine Massierung von Kernkraftwerken verhindert wird?
8. Abgeordneter **Schartz (Trier)** (CDU/CSU)	Ist der Bundesregierung bekannt, ob das Kernkraftwerk Remerschen/Luxemburg gebaut wird, und wenn ja, in welchem Planungs- bzw. Ausführungsstadium befindet sich dieses Projekt?
9. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit, künftig nicht nur im Auswärtigen Amt sondern auch in den anderen Bundesministerien Nachwuchskräfte für den gehobenen und mittleren Dienst auszubilden und damit einen Beitrag zu leisten, das Ausbildungsplatzangebot zu erhöhen?
10. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)	Was hält die Bundesregierung davon ab, Nachwuchskräfte für den gehobenen und mittleren Dienst, so wie im Auswärtigen Amt, auch in den anderen Bundesministerien ausbilden zu lassen, obwohl erfahrungsgemäß eine dezentralisierte arbeitsplatznahe Ausbildung die Eingliederung des Nachwuchses in die Bundesministerien nach abgeschlossener Ausbildung erleichtern würde?
11. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)	Wie beurteilt die Bundesregierung im Hinblick auf das deutsche Feuerschutzwesen die Forschungen in Großbritannien, daß Schutzmaßnahmen gegen Feuerunfälle deshalb in vielen Fällen wirkungslos seien, weil sie meist auf Grund von Erwartungen entworfen wurden, wie Menschen sich in einer Gefahrensituation verhalten sollen, und nur selten auf Grund von Erfahrungen, wie sie sich tatsächlich verhalten, und welche Möglichkeiten sieht gegebenenfalls die Bundesregierung, daß die Schutzmaßnahmen dem Verhalten der Menschen angepaßt werden, die mit einem Feuer konfrontiert werden?
12. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)	Sieht die Bundesregierung eine Beeinträchtigung der Energieversorgung darin, daß die zuständigen Behörden die Genehmigung von Wärmepumpanlagen, die in der Energiepolitik eine erhebliche Rolle spielen, nach § 6 des Wasserhaushaltsgesetzes versagen, weil unter anderem „durch das Wiedereinleiten des abgekühlten Wassers die physikalische Beschaffenheit des Grundwassers und die Ökologie der anstehenden Bodenschichten nachteilig verändert werden" und „Kurzschlußströmungen zwischen Entnahme- und Einspeisungspunkt innerhalb desselben Entnahmetrichters zu einer ständig zunehmenden Abkühlung des Grundwassers führen können", und wenn ja, mit welchen Mitteln wird die Bundesregierung den eventuell durch das Verhalten der Genehmigungsbehörden hervorgerufenen Beeinträchtigungen der Energieversorgung begegnen und dem Energiekonzept des Bundes zum Erfolg verhelfen?

13. Abgeordneter **Dr. Eyrich** (CDU/CSU)

Bedarf es nach Auffassung der Bundesregierung als Voraussetzung für die im Höcherl-Bericht angeregte Durchführung von Planspielen und Rahmenübungen aller bei der Terrorismusbekämpfung beteiligten Organisationseinheiten des Bundes und der Länder der Änderung des Grundgesetzes oder der Änderung sonstiger Rechtsvorschriften, und wenn ja, welcher?

14. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Auf Grund welcher Rechtsgrundlagen erscheinen der Bundesregierung eigene deutsche Maßnahmen zur Reduzierung der Schadstoffemissionen aus Kraftfahrzeugabgasen „gemeinschaftsrechtlich problematisch“, und aus welchen Gründen werden sie handelspolitisch für nicht vertretbar gehalten, obwohl auch Japan und die Vereinigten Staaten besondere Regelungen getroffen haben?

15. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung bisher unternommen, um für die Vorschläge des Umweltbundesamts zur Reinigung der Kraftfahrzeugabgase die Zustimmung der Mitgliedstaaten der ECE zu gewinnen, und läßt sich abschätzen, bis wann ein Konsens erzielt werden kann?

16. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Wann wird der Bundesinnenminister entsprechend dem Kabinettbeschluß vom 16. März 1977 seinen mit dem Bundesfinanzminister abgestimmten Bericht vorlegen, der Möglichkeiten zur Einebnung von Disparitäten in der Altersversorgung innerhalb des öffentlichen Dienstes aufzeigen soll (vgl. Antwort auf meine schriftliche Frage B 19 für die Fragestunden am 19./20. Oktober 1977 – Drucksache 8/105)?

17. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung aus dem geschlossenen Rücktritt des Personalrats beim Bundeswirtschaftsministerium am 17. März d. J. anläßlich der Beförderung von MinRat Wohlleben zum Unterabteilungsleiter Konsequenzen für die Zukunft ziehen, und wenn ja, was gedenkt sie zu tun?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

18. Abgeordnete **Frau Dr. Däubler-Gmelin** (SPD)

Hält die Bundesregierung es für erforderlich, in Zukunft Urteile in Wirtschaftsstrafsachen zentral zu sammeln und systematisch auszuwerten, und wann wird diese Möglichkeit gegebenenfalls geschaffen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

19. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Denkt die Bundesregierung daran, Bankinstitute mit einer Bilanzsumme bis zu 20 Millionen DM von der Verpflichtung freizustellen, mindestens zwei Geschäftsführer zu beschäftigen, und wenn ja, wie ist diese Auffassung mit den Bestimmungen des Kreditwesengesetzes vereinbar?

20. Abgeordnete **Frau Will-Feld** (CDU/CSU)

Gibt es in Ausführung des § 5 Abs. 1 Nr. 6 des Finanzverwaltungsgesetzes betr. die Sammlung und Auswertung von Unterlagen über steuerliche Auslandsbeziehungen noch weitere Erlasse, die über den im Bundessteuerblatt 1975 I Seite 1018 hinausgehen, und wenn ja, warum werden diese Erlasse nicht publiziert?

21. Abgeordnete **Frau Will-Feld** (CDU/CSU)

Ist es richtig, daß die IZA auf Grund eines offiziellen nichtveröffentlichten Merkblatts Informationen über auf Auslandsbeziehungen „spezialisierte Berater" führt und diese Informationen aufgefordert oder unaufgefordert an Betriebsprüfer, Strafverfolgungsbehörden, Zivilpersonen, die für die Bundesrepublik Deutschland im Ausland die Steueraufklärung betreiben, und ausländische Behörden abgibt, und welche Personen und Organisationen können sonst noch diese Informationen erhalten?

22. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung die bereits bestehenden rechtlichen Möglichkeiten als ausreichend an, den Familienheimbesitzern in einem bestimmten Umkreis des Truppenübungsplatzes Grafenwöhr eine steuerfreie Rücklage einzuräumen, damit sie die von den Erschütterungen herrührenden Schäden an den Gebäuden mit diesen Mitteln beheben können, und ist sie zutreffendenfalls bereit, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen?

23. Abgeordneter **Marschall** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Aufforderung der Weltgesundheitsorganisation an ihre Mitgliedsländer, die Steuern für Zigaretten heraufzusetzen und gleichzeitig die Absatzwerbung für Zigaretten in allen Medien härteren Beschränkungen zu unterwerfen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

24. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung an ihrem energiepolitischen Ziel des Ausbaus der Kernenergie auf 24 000 Megawatt bis 1985 fest?

25. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die wirtschaftliche Notwendigkeit und die Umweltverträglichkeit des Blocks C im Kernkraftwerk Biblis?

26. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung, da nach Aussage der EG-Kommission der festgesetzte Mindeststahlpreis noch zweimal im Laufe dieses Jahrs um ca. 20 v. H. erhöht werden soll, dem Verlangen der EG-Kommission den Widerstand entgegensetzen, der nötig ist, um diese weitere Verteuerung des Stahls zu verhindern?

27. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung der Verlängerung der von der Kommission für das Jahr 1978 geschaffenen Stahlpreisregelung im Interesse der Stahlverarbeiter solange widerstehen, als die Preise für die Exporte in Nicht-EG-Länder noch weit unter den Preisen liegen, die auf Grund der EG-Stahlverordnung innerhalb der EG den Stahlverarbeitern auferlegt werden?

28. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Ist es der Bundesregierung klar, daß bei der derzeitigen europäischen Stahlpreisregelung der inländische Stahlverarbeiter auf die Dauer gegenüber Konkurrenten aus Drittländern konkurrenzunfähig ist, wenn sein Wettbewerber das Grundmaterial Stahl zu wesentlich günstigeren Preisen – u. a. auch von EG-Stahlwerken – beziehen können, und welche Folgerungen zieht sie gegebenenfalls daraus?

29. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, wie der gegenwärtige Stand der Verhandlungen zwischen der industriellen Kraftwirtschaft und den Elektrizitätsversorgungsunternehmen ist, und welche Fragen noch ungelöst sind, und wie bewertet die Bundesregierung gegebenenfalls diesen Sachbestand im Hinblick auf die in der zweiten Fortschreibung des Energieprogramms dazu gemachten Aussagen (Tz. 20)?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

30. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung Projekte, heraufziehende Hagelunwetter dadurch zu bekämpfen, daß die zur Hagelbildung neigenden Wolken von Flugzeugen aus mit Silberjodid besprüht werden, und ist sie gegebenenfalls bereit, solche Modellprojekte zu fördern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

31. Abgeordneter **Büchner (Speyer)** (SPD)

Welchen arbeitsrechtlichen Status haben Au-pair-Beschäftigte, und stellt die Bundesregierung Überlegungen an, diesen Status zu ändern?

32. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)

Gibt es Möglichkeiten, bei einer berufstätigen Frau, die Zeiten rentenerhöhend zu berücksichtigen, die für die Pflege eines behinderten Kindes aufgewendet wurden und deshalb nicht mit Beiträgen zur Rentenversicherung belegt sind, und wenn nein, ist die Bundesregierung bereit, eine Gesetzesänderung vorzuschlagen, wonach die für die Pflege eines behinderten Kindes aufgewendeten Zeiten, für die keine Beiträge zur Rentenversicherung geleistet wurden, rentenerhöhend berücksichtigt werden können?

33. Abgeordnete **Frau Hürland** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Aussagen darüber machen, ob und in welcher Zahl Krankenhäuser für andere Krankenhäuser Gemeinschaftsaufgaben, wie etwa Wäscherei, Datenverarbeitung, Speisenlieferung übernommen haben, und wenn ja, begrüßt die Bundesregierung diese Entwicklung, und sieht sie hierin einen Beitrag zur Kostendämpfung im Krankenhauswesen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

34. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Hat das Bundesverteidigungsministerium die Notwendigkeit einer repräsentativen Befragung aller ausscheidenden Berufssoldaten bzw. der im Ruhestand befindlichen ehemaligen Soldaten zum Thema „Ruhestand: Fürsorge und Betreuung" erkannt, und wenn ja, wann gedenkt das Bundesverteidigungsministerium eine entsprechende Untersuchung vorzunehmen?

35. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Ist der Bundesregierung die erhebliche Unruhe unter den Hauptfeldwebeln der Bundeswehr bekannt (Versetzungsaktion/S-Stellen), und wenn ja, wie will der Bundesverteidigungsminister diese Aktion sozial vertretbar durchführen?

36. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß Hauptfeldwebel auf diesen Stellen nur mit ihrem Einverständnis auf echte Planstellen umgesetzt werden sollten, und ist die Bundesregierung darüber hinaus der Auffassung, daß auch solche Hauptfeldwebel in die Besoldungsgruppe A 9 eingewiesen werden können?

37. Abgeordneter **Peiter** (SPD)

Wie ist der Stand der Planungen zur Errichtung des Soldatenheims Montabaur?

38. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Sind Einzelteile der Panzerabwehrrakete Milan mit Genehmigung der Bundesregierung nach Frankreich und von dort nach Endmontage der Rakete nach Syrien exportiert worden, und warum sind die Einzelteillieferungen gegebenenfalls genehmigt worden?

39. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, den Export einer Fregatte zu genehmigen, die von der argentinischen Regierung bei einer Hamburger Werft bestellt werden soll, und warum würde ein solcher Export gegebenenfalls den Grundsätzen der Bundesregierung entsprechen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

40. Abgeordneter **Dr. Jentsch (Wiesbaden)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung Warnungen amerikanischer Ärzte vor „Trimm-Trab", wie ihn auch der Deutsche Sportbund propagiert, und welche Folgerungen zieht sie aus diesen Warnungen?

41. Abgeordnete **Frau Dr. Neumeister** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß ein Gesundheitssicherstellungsgesetz mit dem Ziel notwendig ist, eine klare Kompetenzgliederung sowie die Zusammenfassung aller Aufgaben bei einer gemeinsamen Führung zur Gewährleistung der bestmöglichen Kooperation zwischen zivilen und militärischen Verantwortungsbereichen im Interesse einer gesicherten ärztlichen Versorgung der gesamten Bevölkerung im Verteidigungs- und Katastrophenfall zu erreichen?

42. Abgeordnete **Frau Dr. Neumeister** (CDU/CSU)

Wann ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen, und von welchen Grundsätzen will sie sich dabei leiten lassen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

43. Abgeordneter **Schmidt (Niederselters)** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, die Möglichkeit der Einführung eines neuen Führerscheins oder einer Einlage zum Führerschein, die mit Coupons versehen wird (18 Punkte), die bei Verkehrsübertretungen durch die Polizei abgetrennt werden können, zu prüfen?

44. Abgeordneter **Dr. Häfele** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung nunmehr entsprechend dem CDU/CSU-Antrag vom 14. November 1977 (Drucksache 8/1179) und entsprechend dem Bericht des Verkehrsausschusses vom 25. Januar 1978 (Drucksache 8/1466) bereit, die Autobahn zwischen Singen und Stockach und dann in Richtung Überlingen-Friedrichshafen vierspurig ausbauen zu lassen?

45. Abgeordneter **Dr. Häfele** (CDU/CSU)

Ist dies nicht auch finanzpolitisch vernünftig, nachdem sich inzwischen herausgestellt hat, daß der nur zweispurige Teilausbau dennoch Kosten in Höhe von 80 v. H. des Vollausbaus verursacht?

46. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)

Plant die Bundesregierung, die im Jahr 1975 beschlossene Zurückstellung eines mehrgleisigen Ausbaus der Eisenbahnstrecken von Berlin nach Hamburg und nach Hannover in absehbarer Zukunft aufzuheben?

47. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)

Welche Investitionskosten würden durch einen mehrgleisigen Ausbau dieser Strecken entstehen?

48. Abgeordneter **Peiter** (SPD)

Wann ist nunmehr damit zu rechnen, daß die provisorische Autobahnausfahrt Montabaur zum geplanten Endzustand ausgebaut wird?

49. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Welche Autobahnraststätten innerhalb des Bundesgebiets sind so eingerichtet, daß sie auch von Gehbehinderten und Rollstuhlfahrern in Anspruch genommen werden können?

50. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Wieweit sind die konkreten Planungen der Deutschen Bundesbahn für folgende für die Stadt Rotenburg/Fulda (im hessischen Zonenrandkreis) außerordentlich wichtigen Baumaßnahmen: Überführung im Stadtteil Lispenhausen als Neubaumaßnahme, Fußgängerunterführung B 83 in die Kernstadt Rotenburg als Neubaumaßnahme und Fußgängerunterführung im Bereich des Bahnhofs der Kernstadt Rotenburg als Neubaumaßnahme?

51. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Welche Finanzierungspläne und Zeitplanungen für die Durchführung der Maßnahmen bestehen zur Zeit?

52. Abgeordneter **Josten** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die vorgesehene Auflösung von Poststellen auf dem Land und in Stadtrandgebieten unter Einsatz fahrbarer Postschalter zu großen Härten führt und diese Rationalisierungsmaßnahmen sich sehr stark zum Nachteil alter und behinderter Bürger auswirken?

53. Abgeordneter **Josten** (CDU/CSU)

Welches Ergebnis zeigen die bisherigen Untersuchungen vom Bundespostministerium bezüglich der geplanten Umstrukturierung im Hinblick auf die Beseitigung von Arbeitsplätzen?

54. Abgeordneter **Josten** (CDU/CSU)

Wieviel Poststellen in Rheinland-Pfalz, die bisher ganztags geöffnet sind, würden nach den neuen Plänen aufgelöst, bzw. wieviel Poststellen würden zukünftig nur teilweise tagsüber geöffnet?

55. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Trifft es zu, daß die Deutsche Bundespost erst nach Ablauf von sechs Wochen der Kriminalpolizei Mitteilung in Form einer Anzeige darüber gemacht hat, daß ihr am 20. April 1978 in Frankfurt aus einem Paketwagen Aktien im Werte von 3 Millionen DM gestohlen worden sind, und wenn ja, welche Gründe lagen hierfür vor, und welche Folgerungen wird die Bundesregierung daraus ziehen?

56. Abgeordneter **Kuhlwein** (SPD)

Trifft es zu, daß die Deutsche Bundespost ihren Reinigungsdienst durch entsprechende Verfügung an die Dienststellen in geeignet erscheinenden Fällen auf Fremdreinigung umstellt, und wie vereinbart sich eine solche Maßnahme mit wiederholten Erklärungen der Bundesregierung, wonach eine Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen sozialpolitisch unerwünscht sei?

57. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Bis wann ist mit der Einführung der Nahverkehrstarife für die heutigen Fernsprech-Ortsnetze Achern, Kappelrodeck, Bühl, Baden-Baden, Rastatt, Gaggenau, Gernsbach, Forbach, Durmersheim, Iffezheim und Lichtenau zu rechnen?

58. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Wie sieht für welche der genannten Ortsnetze die Sonderregelung wegen Grenznähe aus?

59. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Wieviel Finanzmittel für welche Werbemaßnahmen hat die Bundesregierung insgesamt – einschließlich einer Zeitungswerbeaktion in der Woche des 5. Juni 1978 – aufgewandt, um die vorgeblichen „Vorteile" der Telefonnahbereiche und des „Zeittakts" darzustellen?

60. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß für die in der Antwort auf die Frage des Abgeordneten Lintner (Plenarprotokoll über die 63. Sitzung, Anlage 95) bekundete Absicht des Bundespostministeriums, Personenschutzräume nicht mehr als Außenbauten zu planen sondern wieder als Innenbauten zu errichten, ein entsprechendes Schutzraumkonzept bisher nicht erarbeitet wurde, und wenn ja, wann ist mit der Fertigstellung eines entsprechenden Konzepts zu rechnen?

61. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Kann die Bundesregierung beim Briefeingangsdienst des Postamts Baden-Baden auf eine arbeitsrechtliche Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit der dort beschäftigten Teilzeitarbeitskräfte drängen, um die regelmäßig anfallenden Überstunden zur Bewältigung des Hörerposteingangs beim Südwestfunk, die bis zu 38 Stunden monatlich betragen, arbeitsrechtlich aufzufangen oder gegebenenfalls für zusätzliche Einstellungen von Teilzeitbeschäftigten Sorge tragen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

62. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Welche Wohnungs- und konjunkturpolitische Bedeutung mißt die Bundesregierung den gegenwärtig von Kreisen der Geschäftsbanken diskutierten Modellen einer vollen Vorfinanzierung von Eigenheimen und Eigentumswohnungen bei geringen Anfangsbelastungen bei, insbesondere welche Vorteile und welche Risiken für die Bewerber von Eigentumsobjekten sieht sie in derartigen Finanzierungsmodellen?

63. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, diese Finanzierungsmodelle mit der Wohnungsbauförderung zu kombinieren, und welche öffentlichen Hilfen hält sie insbesondere für notwendig und für möglich, um die damit verbundenen Risiken abzudecken?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

64. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Welche Initiativen hat die Bundesregierung bisher ergriffen, um die Tz. 53 der zweiten Fortschreibung des Energieprogramms zu erfüllen, und wurden gegebenenfalls schon Ergebnisse erzielt?

65. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Welches für die Weiterentwicklung des Hochtemperaturreaktors verlangte einheitliche Grundkonzept ist nach Auffassung der Bundesregierung zu verfolgen?

66. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Wie stellt sie sich die von ihr erwähnte organisatorische Neuordnung bei Herstellern und Zentren vor?

67. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Was hat sie bisher konkret unternommen, um eine internationale Zusammenarbeit bei der HTR-Entwicklung zu erreichen?

68. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Ist sie bereit, einen Rahmenfinanzplan für die Gesamtentwicklung des HTR zu erstellen, um mit der jährlichen Bewilligung verbundene Unklarheiten zu beseitigen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

69. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

Welche konkreten Projekte hat die deutsch-rumänische Consulting-Gesellschaft RODECO bisher abgeschlossen, und welche befinden sich noch in Vorbereitung bzw. Durchführung?

70. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die bisherigen Arbeitsergebnisse der RODECO, und wie hoch schätzt sie deren jetzige bzw. künftige entwicklungspolitische Bedeutung ein?

Bonn, den 9. Juni 1978



